

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 3

Rubrik: Aus Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neue Mehrheiten

EMD, der milliardenschwere F/A-18 am Schweizer Himmel nichts zu suchen hat. Die SP hat das schon lange gesagt. Unter den neuesten europäischen Gegebenheiten werden die EMD-Pläne jedoch täglich absurder. Um auch das klar zu machen, hat an der Pressekonferenz, neben Helmut Hubacher und Elmar Ledergerber, auch der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Fliegergeneral Manfred Opel teilgenommen.



Eher suboptimal liegt hingegen die 10. AHV-Revision, deren Botschaft Bundesrat Flavio Cotti am 16. März präsentierte. Die SP Schweiz reagierte jedenfalls unter dem Titel «Chance verpasst». Im Bestreben, es allen irgendwie recht zu machen, hat der Bundesrat zwar das Rentenalter für die Frauen nicht erhöht, aber jenes für die Männer ebenfalls auf 65 belassen. Ebenfalls nichts getan hat er für eine existenzsichernde Rente, und insbesondere der Verfassungsauftrag, zivilstandsbedingte Ungerechtigkeiten auszuräumen, bleibt weiterhin unerfüllt.



Mit Nationalrat Sepp Stappung ist dagegen ein weiterer Zürcher eher negativ in die Schlagzeilen gekom-

men. Er hat der SP-Fraktion bekanntgegeben, dass er einem geheimen Beirat des Generalstabschefs angehört hat und ist nun daraus zurückgetreten. Die SP-Fraktion, die mit der ewigen Geheimniskrämerei endlich Schluss machen will, hat Stappungs Mitgliedschaft als Fehler angesehen, ihm aber sonst die Unterstützung zugesichert. Positiv ist, dass Sepp Stappung bisher das einzige Beiratsmitglied ist, das darüber gesprochen hat. Für die Bürgerlichen ist das offenbar gar kein Thema.



Die SPS verlangt vom Bundesrat, er solle seinen Entwurf zu einem neuen Arbeitsgesetz zurückziehen und etwas Seriöseres vorlegen. Denn in das Hohelied auf flexible Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mag die SP nicht miteinstimmen. Gleichstellung heißt hier nämlich vor allem mehr Nacht- und Sonntagsarbeit für die Frauen. Der gleiche Lohn bleibt aber genauso auf der Strecke wie andere Reformen. Zu einem Bückling vor den Unternehmern kann die SP Schweiz aber nicht Hand bieten.

Energiepolitisch läuft im Bundeshaus – außer selbstbeklatschtem Bravo – nichts. Der Ständerat verwässert das Gewässerschutzgesetz, und der Nationalrat setzt sich wenig überzeugend für seine früheren Beschlüsse ein. Trotz Fichenskandal kocht der längst fällige Datenschutz im Parlament auf kleinem wirtschaftsfreundlichem Feuer. Zwar gibt es ein paar ständeräliche Zeichen beim bürgerlichen Bodenrecht; aber der Nationalrat will von einem neuen und fortschrittlichen Bodenrechtsartikel nichts wissen und verweist eine SP-Initiative dafür als Postulat in die Schublade. Die 8 Jahre zerredete Steuerharmonisierung bringt nicht einmal mehr die längst fällige einjährige Gegenwartsveranlagung. Schliesslich gibt es, trotz weitverbreiteter Schnüffelempörung, keine Parlamentsmehrheit für die Abschaffung der Politischen Polizei.

Wenn wir in «Bern» etwas verändern wollen, brauchen wir neue Mehrheiten. Im Bürgerblock bewegt sich wenig. Das Problembewusstsein nähert sich hier dem Nullpunkt; um so mehr hat Problemverdrängung Konjunktur.

Neue Mehrheiten sind fällig. Dass sie möglich sind, zeigt uns das Wahlresultat in Zürich. Neuenburg und Lausanne sind vorangegangen. Machen wir so weiter, dann bewegen wir bald wieder einiges in der

Schweiz. Die Wahlen der letzten Monate machen Mut und Zuversicht für den Herbst 1991.

*Rolf Zimmermann
Pressesprecher SPS*